



Digitalisierung verändert auch die  
Sozialwirtschaft

## GROSSES POTENTIAL FÜR DEN SOZIALEN SEKTOR

# Modernisierungsschub nötig

*Kaum ein Thema nimmt im Koalitionsvertrag von FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen solch breiten Raum ein wie das Thema „Digitalisierung“. Was auffällt: Die Potentiale der Digitalisierung - aber auch die Risiken - für die Gesundheits- und Sozialwirtschaft kommen so gut wie gar nicht vor. Das ist ein bisschen dünn.*

Die Caritas ist beim Thema „Digitalisierung“ in dreifacher Hinsicht gefordert. Sie muss sich - als Anwalt von Benachteiligten - besonders dafür einsetzen, dass sozial benachteiligte Menschen an digitaler Bildung und den Chancen in der digitalisierten Arbeits- und Lebenswelt teilhaben und davon profitieren können. Dazu ist eine breite

Vermittlung von Wissen und Medienkompetenz notwendig, die nicht auf Einzelne oder einige gesellschaftliche Gruppen beschränkt bleiben darf. Der Ausbau der Netze und der digitalen Infrastruktur, wie sie FDP und CDU zu Recht fördern wollen, ist in der Welt von morgen Teil der Daseinsvorsorge.

Ebenso müssen Bildungs- und Sozialeinrichtungen besser mit Hardware und Endgeräten zu Lern- und Weiterbildungszwecken sowie für Partizipationsmöglichkeiten für alle ausgestattet werden. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bringt in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft an vielen Stellen einen großen Nutzen für Patienten, Klienten und Mitarbeiter mit sich. Beispiele der Entbürokratisierung, des „Ambient Assisted Living“ oder von Open-Data-Strategien lassen sich anführen.

Doch auch die Risiken wachsen. Für die Caritas sind Datenschutz und IT-Sicherheit wichtig, weil sie die Individualrechte bewahren. Es ist auch nötig, innerhalb der Caritas den Austausch und die Zusammenar-

beit in diesen Feldern zu verstärken, um zu großen Lösungen zu kommen und Skaleneffekte auszulösen.

Auf Bundesebene haben BMFSFJ und die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege jüngst ausdrücklich eine enge Zusammenarbeit vereinbart mit dem Ziel, die digitale Transformation sozial zu gestalten. Das Bekenntnis zu den digitalen Potentialen für den sozialen Sektor eingeschlossen. Und bei uns in NRW?

FDP und CDU in Nordrhein-Westfalen sehen durch die Digitalisierung besondere Chancen für Innovationen bislang vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen. Doch eben auch die Sozialwirtschaft ist ein potenziell großer Nachfrager von Prozessen und Leistungen, die dank der Digitalisierung günstiger und besser angeboten werden können. Um diese „Digitaldividende“ zu erlösen, muss jedoch die Digitalisierung der Sozialwirtschaft durch das Land unterstützt und gefördert werden.

Dazu gehört auch, dass die Caritas bei sozialen Diensten entsprechende Schnittstellen zu den Kommunen nutzen können muss. Das von den Koalitionsparteien angestrebte Modellprojekt einer digitalen Kommune muss ergänzt werden durch ein Modellvorhaben digitalisierter Freier Träger. Warum nicht mit der Caritas als Kooperationspartner?

## Unregulierter Markt neuer Art

Die Caritas in NRW berät, begleitet, pflegt und unterstützt täglich rund eine Million Menschen. Immer mehr Menschen lassen sich soziale Dienstleistungen über Plattformen, Netzwerke und Communities vermitteln - oft in weitaus schlechterer fachlicher Qualität als in der „Face-to-Face“-Beratung. Die Wohlfahrtspflege braucht gesetzgeberische Unterstützung und neue Wege der Refinanzierung (nicht unbedingt zusätzliche!), um soziale Dienstleistungen mit den notwendigen Qualitätsstandards auch in einem unregulierten Markt neuen Zuschnitts und unter neuen Bedingungen anbieten zu können. ↻

MARKUS LAHRMANN



## AUSGABE SEPTEMBER 2017

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

- 🏠 [caritas-nrw.de/nachrichten](http://caritas-nrw.de/nachrichten)
- 📘 [facebook.de/caritas\\_in\\_NRW](https://facebook.de/caritas_in_NRW)
- ✉ [redaktion@caritas-nrw.de](mailto:redaktion@caritas-nrw.de)

## Krankenhäuser brauchen dauerhafte Finanzspritze

Die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen beklagen einen milliardenschweren Investitionsstau und fordern mehr Geld für Gebäudesanierungen und medizinische Geräte. Angesichts verschärfter Hygiene-Vorschriften, der zunehmenden Digitalisierung, des demografischen Wandels und des medizinisch-technischen Fortschritts stünden die landesweit 352 Krankenhäuser in den nächsten Jahren vor „großen Herausforderungen“, erklärte der Präsident der Krankenhausgesellschaft in NRW (KGNW), Jochen Brink, in Düsseldorf. Derzeit liege die Investitionslücke bei etwa einer Milliarde Euro pro Jahr. In den letzten Jahren habe sich bei den Kliniken in NRW ein Investitionsstau von 12,8 Milliarden Euro gebildet.

### Respektables Zeichen

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte zuvor für dieses Jahr eine zusätzliche Investitionsspritze von 250 Millionen Euro für die Krankenhäuser aus dem Nachtragshaushalt angekündigt. Damit erhalten die Kliniken 2017 für Baukosten und Geräteanschaffungen insgesamt 780 Millionen Euro. Brink sprach von einem „respektablen Zeichen“ für einen Neustart bei der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser. Damit werde von der neuen Landesregierung anerkannt, dass die Krankenhäuser neben Kitas, Polizisten und Lehrern ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge in unserem Land seien.

Die Krankenhäuser haben nach eigenen Angaben zwischen 2002 und 2015 rund 11 Prozent der Betten abgebaut und die durchschnittliche Verweildauer der Patienten um rund 23 Prozent gesenkt und so die Versorgungsstrukturen effizienter und qualitätsorientiert gestaltet. Gleichzeitig seien die Fallzahlen von 4,1 Millionen auf 4,55 Millionen stationäre Patienten im Jahr gestiegen.

Der Investitionsbedarf bleibe daher bestehen, denn die Patienten sollten weiterhin bestmöglich und nach aktuellem Stand der Methoden und Technik versorgt werden. Investiert werden müsse auch in die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter. Modernste Geräte und hochwertige Gebäudeinfrastruktur seien notwendig. ◀

KNA/ML

## Höhere Löhne auch ohne Streik

*Tarifvergleich für Arbeitnehmer: Die von Verdi ausgehandelten Tarife hinken weitgehend denen der Caritas hinterher. Das kirchliche Arbeitsrecht garantiert Tarifbindung in weiten Bereichen der Sozialwirtschaft.*

**G**ebetsmühlenartig wiederholt die Gewerkschaft Verdi, dass das kirchliche Arbeitsrecht abgeschafft gehöre, „weil es mehr als einer Million Beschäftigten das Grundrecht auf Streik nimmt“, so jüngst wieder Verdi-Chef Frank Bsirske in der „Westfalenpost“. Für das Recht, kirchliche Einrichtungen zu bestreiken, ist denn auch Verdi bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. So viel Aufwand wäre in Bezug auf höhere Löhne bei Caritas und Diakonie gar nicht nötig gewesen, sagt die Zeitschrift „Wohlfahrt intern“. Denn die sind bei Caritas und Diakonie in den meisten Fällen auch ohne Streikrecht höher.

Konkret: Die von Verdi in der Sozialwirtschaft ausgehandelten Tarife hinken in NRW weitgehend denen der Caritas hinterher. Dies ist das Ergebnis eines ausführlichen Tarifvergleichs, den die Fachzeitschrift zu 44 Berufsgruppen und Tätigkeiten in der Sozialwirtschaft vorgelegt hat. „Der von Verdi als Erfolg gewertete Tarifvertrag mit den Diakonischen Werken in Niedersachsen nimmt sich vor diesem Hintergrund etwas bescheiden aus“, erklärt Norbert Altmann vom Diözesan-Caritasverband Paderborn, zugleich Sprecher der Dienstgeberseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes. „Dass nur dort höhere Löhne und bessere Arbeitnehmerrechte durchgesetzt werden können, wo gestreikt werden darf, stimmt zumindest in der Sozialwirtschaft nicht mit der Realität überein.“

Die von Verdi aufgestellte Behauptung, dass im „Dritten Weg“ des kirchlichen Arbeitsrechtes einseitig die Arbeitgeber die Regeln aufstellten, werde nicht richtiger, wenn man sie ständig wiederhole. „Der ‚Dritte Weg‘ basiert auf dem Konsensprinzip zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dies entspricht dem kirchlichen Charakter der Einrichtungen. Caritas-Einrichtungen sind nun einmal Teil der Kirche“, so Altmann. Damit auch unter dem Konsensprinzip nicht doch die jeweiligen Dienstgeber-Vertreter am längeren Hebel säßen, sei-



Das Streikrecht garantiere in der Sozialwirtschaft nicht automatisch mehr Arbeitnehmerrechte und höhere Löhne, so Norbert Altmann vom Diözesan-Caritasverband Paderborn.

Foto: cfp

en in den letzten Jahren die Mitarbeiterrechte deutlich gestärkt worden. „Natürlich gibt es immer etwas zu verbessern. Aber dennoch hat sich die Sonderform eines eigenen kirchlichen Arbeitsrechtes gerade in der Sozialwirtschaft als Segen erwiesen.“ ◀

### Caritas in NRW AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25  
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

**Herausgeber:** Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Foto Titelseite:** Lahrmann

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

**Gestaltungskonzept:** skdesign, Köln

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:**

Bonifatius GmbH, Karl Wegener

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-220, Fax: 05251/153-104

karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner  
klimaneutral  
gedruckt

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate ausgeglichen.  
Zertifikatsnummer: 53323-1601-1005  
www.climatepartner.com

### Kritik an Bildungsarmut

Die Caritas im Bistum Essen hat eine gesellschaftliche Schieflage kritisiert. „Es ist ein Armutszeugnis, dass die Caritas Kinder mit Schulmaterialien versorgen muss, weil die Familien zu arm sind, sich die Bildung ihrer Kinder zu leisten“, sagte Sabine Depew, Direktorin der Caritas im Ruhrbistum. Schulmaterialkammern seien ein Versuch, etwas geradzurücken, was gesellschaftlich schräg sei. Sie setze beim Thema Bildungsarmut auf die Landesregierung, FDP und CDU hätten in ihrem Koalitionsvertrag erkannt, dass der Schlüssel gegen Kinderarmut ein integrierter Politikansatz sei: eine Bildungspolitik, die den Aufstieg durch Bildung ermögliche, eine Wirtschaftspolitik, die von Armut bedrohte Familien in Lohn und Brot bringe, und eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sicherstelle. ◀

### Schule für alle gefordert

Eine Gesetzesanpassung mit einer Ausdehnung der Schulpflicht für Kinder auch in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber haben zwölf Flüchtlingsorganisationen in Nordrhein-Westfalen gefordert. Bislang besteht der Anspruch auf regulären Schulbesuch erst nach Zuweisung der Asylbewerber an eine Kommune. Da aber die Dauer der Unterbringung in den Landesaufnahmeeinrichtungen immer länger wird, werden die Asylsuchenden auch für eine immer größere Zeitspanne vom Schulbesuch ausgeschlossen.

Es sei nicht akzeptabel, dass die Bildungsbiografien geflüchteter Kinder und Jugendlicher langfristig unterbrochen würden oder gar nicht erst beginnen könnten, so ein Positionspapier des Flüchtlingsrates NRW. Dem schloss sich die Aktionsgemeinschaft junge Flücht-

linge an, in der auch die fünf Diözesan-Caritasverbände mitarbeiten. ◀

➔ [www.fnrw.de/aktuell.html](http://www.fnrw.de/aktuell.html)

### Eine Million Sterne

Am Samstag, dem 18.11.2017, findet die bundesweite Solidaritätsaktion „Eine Million Sterne“ statt. Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, ruft an diesem Tag dazu auf, öffentliche Plätze in strahlende Lichtermeere zu verwandeln und gemeinsam ein Zeichen für eine gerechtere Welt zu setzen. Die Solidaritätsaktion wird an bis zu 100 unterschiedlichen Standorten von Caritasverbänden, Einrichtungen, Diensten und Pfarrgemeinden durchgeführt. Im Fokus der Aktion 2017 steht ein Schulprojekt von Caritas international für libanesische sowie syrische und irakische Flüchtlingskinder. ◀

➔ [www.einemillionsterne.de](http://www.einemillionsterne.de)

## ARBEITSLOSENREPORT DER WOHLFAHRTSVERBÄNDE

# Mehr Flüchtlinge stärker in den Arbeitsmarkt bringen

Die nordrhein-westfälischen Wohlfahrtsverbände fordern eine stärkere Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen aus den zugangsstarken außereuropäischen Ländern sei innerhalb eines Jahres bis Juni 2017 um 38 Prozent auf 58 000 Personen gestiegen, heißt es im aktuellen „Arbeitslosenreport NRW“.

Die Zahl der Flüchtlinge unter den Hartz-IV-Empfängern wuchs nach den Angaben innerhalb von zwölf Monaten bis Februar 2017 um 104 Prozent auf rund 142 000. Die Zahlen machten deutlich, dass bei der Arbeitsmarktintegration noch viel zu tun sei. Allerdings gebe es keinen Grund für negative Stimmungsmache. Denn die Zahl der aus diesen Ländern kommenden Asylbewerber unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sei binnen eines Jahres bis September 2016 um 44 Prozent auf rund 23 000 Personen angewachsen.

Laut Wohlfahrtspflege geht jeder zweite beschäftigte Flüchtling nur einem Helferjob nach. Doch bei vielen Geflüchteten sei von einem großen Bildungspotenzial auszugehen. 22 Prozent brächten sogar ein überdurchschnittlich hohes Bildungslevel

durch Abitur oder Hochschulreife mit. Allerdings sei der Anteil derer ohne Hauptschulabschluss mit 38 Prozent auch vergleichsweise hoch.

Die Wohlfahrtspflege fordert, dass Jobcenter Flüchtlinge langfristig fort- und weiterbilden. Nach den massiven Kürzungen der finanziellen Hilfen für Fort- und Weiterbildung müssten den Einrichtungen wieder Mittel für mehrjährige Bildungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Zwar hätten im März 2017 rund 223 000 Flüchtlinge an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen. Doch das seien nur kurze Kurse für eine erste Orientierung am Arbeitsmarkt gewesen. Notwendig sei eine kontinuierliche Begleitung zur Integration in Ausbildung und Arbeit. ◀

➔ [www.arbeitslosenreport-nrw.de](http://www.arbeitslosenreport-nrw.de)



## AKTION ZUR BUNDESTAGSWAHL

### Wählt Menschlichkeit

Mit der Aktion „Wählt Menschlichkeit“ fordert die Caritas unentschlossene Bürger dazu auf, zur Wahl zu gehen und darüber nachzudenken, was den Wert einer offenen Gesellschaft ausmacht. Noch bis zum Wahltag am 24. September lädt die Caritas dazu ein, auf den Facebook-Seiten von Caritas Deutschland mitzudiskutieren über Themen wie soziale Gerechtigkeit, Europa oder Zuwanderung.

Die Caritas will daran erinnern, dass eine freiheitliche und offene Gesellschaft auf Solidarität, Mitmenschlichkeit und Respekt gründet. ◀

➔ [@caritas.deutschland](https://www.facebook.com/caritas.deutschland)

➔ [@caritas\\_web.de](https://www.facebook.com/caritas_web.de)

#waehltmenschlichkeit

➔ [www.waehlt-menschlichkeit.de](http://www.waehlt-menschlichkeit.de)

# Wie führt man ein christliches Unternehmen?

*Gibt es so etwas: eine christliche Unternehmenskultur? Und wenn ja: Wie sichert und entwickelt man eine christliche Identität unter heutigen marktökonomischen Rahmenbedingungen? Um diese und weitere Fragen ging es beim Praxis-Forum „Von der Kunst, ein christliches Unternehmen zu führen“ Anfang September im Kölner Maternushaus.*

Vor 120 Führungskräften aus kirchlich-caritativen Organisationen griff Heinz-Josef Kessmann, Diözesan-Caritasdirektor aus Münster, die Frage nach der Unterscheidbarkeit auf. Häufig werde ihm die Frage gestellt: „Wodurch unterscheidet ihr euch eigentlich in der konkreten Arbeit von dem, was die anderen Wohlfahrtsverbände tun?“

Die Antwort sei vor Jahren, als christliche Symbole und eine Mitgliedschaft der Mitarbeiter in der katholischen Kirche noch selbstverständlich gewesen seien, leichter gewesen als heute. Aber wie ist eine christliche Ausrichtung zu erkennen? Ralf Haderlein, Professor für Sozialmanagement an der Hochschule Koblenz, betonte, der christliche Auftrag müsse in der Arbeit lebendig und stetig weiterentwickelt werden.


„Denn Profillosigkeit führt in der Pluralität zu Orientierungslosigkeit und Beliebigkeit.“

## Qualität der Fachlichkeit

Haderlein warb bei den Führungskräften für eine neue Zugangsweise zur Gestaltung von Identitätsprozessen. Es brauche die bewusste Förderung von neuen Formaten zur Wahrnehmung des Christlichen in der caritativen Praxis. Dass diese Zuwendung für andere Menschen ein Ausdruck des Glaubens sei, müsse neu durch die Organisation thematisiert und erläutert werden.

Dies künftig den Mitarbeitern zu vermitteln, sei eine neue Herausforderung für Führungskräfte, denn diese seien religiös unterschiedlich sozialisiert, so Bruno

Schrage, Sprecher des Facharbeitskreises „Grundlagen und Profil“ der Caritas in NRW. „Die Führungskräfte müssen die Voraussetzung schaffen, dass die Mitarbeiter erleben, es ist gut, in diesem christlichen Unternehmen zu arbeiten.“ Der christliche Glaube könne Mitarbeiter in vielen Situationen tragen, davon sei er überzeugt. „Etwa dann, wenn schicksalhafte Erlebnisse nach einer Deutung fragen.“ Dann zeige sich, ob ein Unternehmen ein Hoffnungspotenzial anbiete und dieses solidarisch erfahrbar werde.

Der Unterschied liege dabei sicher nicht in der Qualität der Fachlichkeit. „Es geht um die Überzeugung, mit der ich die Arbeit verrichte. Das hat zur Folge, dass die Mitarbeiter dann auch mit einem anderen Einsatz dabei sind, weil eine tiefe innere Motivation dahintersteht.“  ALEXANDER KLENK



Provozierende Thesen: Prof. Ralf Haderlein